

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Korrespondenz: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Montag

1. März 1926

Verlag und Druckerei: Reichsdruckerei, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Druckerei: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Märzsturm gegen Fürstenforderungen.

Die reaktionären Behörden demaskieren sich weiter. — Es muß Ordnung geschaffen werden.

Der Märzkampf beginnt. Am 4. März werden die Einzeichnungslisten für das Volksbegehren aufgelegt. Volksrecht oder Fürstenrecht — in diesem Zeichen wird im März 1926 eine große Auseinandersetzung zwischen den Fürsten und dem deutschen Volke geführt werden. Die Auseinandersetzung geht nicht nur um die Vermögenswerte, die die Fürsten nach der Revolution der Republik entziehen wollen. Sie ist nicht nur eine Frage des trockenen Rechtes, wie vernücherte deutsche Juristen das Recht auffassen. Sie ist eine politische Auseinandersetzung. Die deutschen Fürsten haben noch nicht gelernt, daß sie das Unglück des deutschen Volkes gewesen sind. Sie haben nichts gelernt aus der großen Volksbewegung 1848, nichts gelernt aus der deutschen Revolution von 1918.

Sie mögen glauben, daß nach 1918 wieder eine Periode der Reaktion möglich sein werde, wie nach 1848. Sie mögen glauben, daß das deutsche Volk sich wieder in Ergebenheit und Schafgeduld unter das Joch von einigen Duzend Landesvögeln beugen werde, wie in den Jahren der drückendsten Reaktion nach 1850. Aber die Zeiten einer monarchistischen Restauration in Deutschland sind vorüber. Die Fürsten selbst wagen es heute nicht, ihre Hand noch den Kronen auszustrecken. Heute greifen sie nach Belgien, nach Ländereien, Forsten, Schlössern, Kapitalvermögen. Sie rechnen nicht auf den Willen des Volkes, sie wissen nur zu gut, daß das deutsche Volk aus jahrhundertlangen Erfahrungen mit ihnen gelernt hat. Sie rechnen auf den Bestand eines überalterten reaktionären Justizapparates, der ein formales Recht handhabt, dessen Grundlagen das Rechtsgefühl des Volkes längst nicht mehr anerkennt.

In diesen Rebell von Fürstenhoffnungen und reaktionärer Justiz muß ein scharfer Märzwind hineinblasen. Das Volksbegehren muß ein starker Ausdruck des freiheitlich republikanischen Willens des Volkes gegen Fürstenforderungen und alle reaktionären Pläne werden.

Die besten republikanischen Traditionen im deutschen Volke bewahren den berechtigten Ingrimm des Volkes gegen die Mißwirtschaft, die Tyrannei, die Habgier und das Blutvergüßertum der deutschen Fürsten. Von Friedrich Schiller an, der dem kleinen Tyrannen seines Vaterlandes sein „In Tyrannen“ entgegenschleuderte, hat ein jeder Freie, der im Reich der deutschen Geister etwas bedeutete, die Sache der Freiheit des Volkes gegen die deutschen Fürsten geführt. Die „Landesväter“, die ihre „Landeskinder“ als Kanonensutter an andere Staaten verlaufen, denen die Sache des deutschen Volkes nichts galt, und die sich Napoleon im Rheinbund anschlossen, die ihre Länder bedrückten und ausraubten, um ein verschwenderisches Leben zu führen — das waren nicht die geliebten Fürstengestalten, die eine speichelleckerische Geschichtselende dem Volke vorführen mochte.

Die Sache des deutschen Volkes war bei den deutschen Fürsten in schlechten Händen. Als das Volk im Befreiungskriege von 1813 die äußere Freiheit erstritten hatte, brachen die deutschen Fürsten ihre in der Stunde der Not dem Volke gegebenen Versprechungen auf das Schändlichste. Auf die Freiheitskriege folgte nicht die deutsche Freiheit, von der der Freiwilligen geträumt hatten, die 1813 ins Feld zogen, sondern die reaktionäre Reaktionsperiode. Die, die dem Vaterland die äußere Freiheit erstritten hatten, wurden beargwöhnt, verfolgt, eingetextert. Das schwarzrotgoldene Symbol der freien Deutschen war verpönt, wer es am nächsten Tage trug, mußte gewärtig sein, in die Kerker der deutschen Reaktion geworfen zu werden.

Die gerechte Empörung und der Ingrimm gegen die schändliche Mißwirtschaft der deutschen Fürsten hat den Märzsturm von 1848 herbeigeführt. Was damals nicht erreicht wurde, das hat nach dem Ende des Weltkrieges das deutsche Volk errungen: die demokratische Republik unter den schwarzrotgoldenen Farben.

Heute wollen die deutschen Fürsten, denen die Revolution mehr Langmut gezeigt hatte, als nötig war, die Republik langsam unterhöhlen. Ein neuer Märzsturm muß ihnen zeigen, daß ihre Zeiten für immer vorbei sind.

Der Märzsturm des deutschen Volkes richtet sich nicht nur gegen die Fürsten, sondern gegen alle Reaktionäre, die mit den Fürsten in der Republik im Bunde stehen. Er richtet sich gegen die reaktionäre Justiz, deren Dienstleistungen für die Fürsten nicht mehr im Einklang mit dem allgemeinen Rechtsempfinden stehen. Er richtet sich gegen alle reaktionären Behörden, die unter dem Deckmantel der Loyalität gegenüber der republikanischen Verfassung der Republik und die Verfassung von innen heraus unterminieren möchten.

Die unverschämten Versuche von unteren Behörden in agrarischen Gebieten, entgegen der Reichsregierung unter Verletzung ihrer Dienstpflichten die Durchführung des Volksbegehrens zu verhindern, sind durch die Erlasse der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung nicht aus der Welt geschafft worden. Sie gehen immer noch weiter. Wir

erhalten heute folgende Abschrift eines Antwortschreibens einer pommerschen Gutsbehörde an den Sozialdemokratischen Parteivorstand:

Rehin bei Gr. Ramin, Kr. Belgard (Pommern). An die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Berlin, Lindenstr. 3.

Wir erhielten von Ihnen per Einschreiben zugesandt die sogenannten Eintragslisten — Entwurf eines Gesetzes über Entzweiung der Fürstentümer.

Seit wann haben Sie, die Sozialdemokratische und die mit Ihnen laufende Kommunistische Partei das Recht, selbst im neuen Deutschland der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, ein derartiges Ersuchen an eine Gemeindebehörde oder an einen Gutsbezirk zu stellen. Unsere vorgesetzte Behörde ist das Landratsamt, und nur allein dieses hat das Recht, in Wahlen anzuordnen und zu verfügen.

Wir verbitten uns in Zukunft ganz energisch solche Belästigungen durch Ihre Partei.

Die Listen hätten Sie lieber im dunklen Berlin am besten Ort lassen sollen, sicher hätten Sie damit den Hintern Ihrer noch immer mit tausenden Leute kläger gemacht als hier in Pommern den Kopf der treudeutschen Bauern und Landarbeiter.

Ihr Anschreiben wanderte ins Feuer. Die Listen stehen hier zu Ihrer Verfügung und Abholung bereit.

Die Gemeinde und Gutsbehörde Rehin, gez. Röhning.

Ein Beispiel unter vielen.

Diese offene Verletzung der Dienstpflichten durch Behörden der Republik findet bei der reaktionären Presse ungeteilten Beifall. Die „Pommersche Tagespost“ fordert die Gutsbehörden in Pommern auf, den Beispielen der Dienstverweigerer zu folgen. Sie redet den Gutsbehörden vor, sie hätten das Recht, die Einzeichnungslisten in den Papierkorb zu befördern. In einem „Bravo“ überschriebenen Artikel

veröffentlicht sie eine Anzahl von Schreiben von Gutsbehörden, die sich offen weigern, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Aufforderung zur Nichtausführung eines Reichsgesetzes durch die „Pommersche Tagespost“ ist eine Sache für sich. Der Tatbestand des § 110 des StGB. — öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze — ist in diesem Falle unzweifelhaft gegeben, und wir nehmen an, daß die preussische Regierung das weitere veranlassen wird.

Die reaktionären Tendenzen, die sich in der Verwaltung immer noch breit machen, treten jetzt klar hervor. Durch das Volksbegehren ist eines schon erreicht. Die republikanischen reaktionären Behörden demaskieren sich. Sie verweigern die Durchführung der Reichsgesetze, die Durchführung ministerieller Anordnungen. Wir nehmen an, daß das preussische Ministerium des Innern diese Demaskierung zum Ausgangspunkt eines großen Reinigungsfeldzuges machen wird.

Entweder sind die Behörden, die offen sabotieren, so unfähig, daß sie die Reichsgesetze und ihre Verpflichtungen nicht kennen — dann ist es höchste Zeit, daß sie vom Amte entfernt werden. Oder sie kennen die Gesetze und ihre Verpflichtungen, kommen ihnen aber aus politischen Gründen böswillig nicht nach, dann müssen sie unverzüglich disziplinarisch bestraft und entfernt werden, und so weit in ihrer Haltung Verstoße gegen das Strafgesetz enthalten sind, müssen sie der Bestrafung zugeführt werden.

Die reaktionären Gutsvorstände und ihre Hintermänner werden die Durchführung des Volksbegehrens nicht durchkreuzen können. Sie erreichen nur eins: mit Empörung sieht die Bevölkerung, daß in der Republik Behörden versuchen, Fürstenpolitik zu treiben. Der Märzsturm des Volksbegehrens dreht sich auch gegen sie. Gegen Fürstenhabgier und gegen Fürstentum!

Bedächtnisfeier für Friedrich Ebert.

50 000 Teilnehmer im Treptower Park. — Am Grabe Eberts.

Ein echter Trauertag war auch äußerlich der gestrige Sonntag mit Regen und tiefhängenden grauen Wolken. Dennoch, wer es sich vorgenommen hatte, ging trotzdem hinaus auf den grünen Plan von Treptom, zu der Stelle, an der Fritz Ebert dereinst zu den Raketen gesprochen hatte. Kalt es doch, seinem Andenken eine Weihestunde zu bereiten. Das Reichsbanner, das den Rahmen für die Feier bildete, marschierte in mächtigen Kolonnen an, insgesamt nicht viel weniger als 18 000, vorweg Spielleute und viele Fahnen. Auch Parteiladungen und Jugendabteilungen mit roten Bannern rückten an. Weit größer aber war die Volksmenge, die sich der großen Spielwiese im Treptower Park zubewegte. Sie strömte in das weitgezogene Karree ein, das das Reichsbanner gebildet hatte, hielt sich aber vielfach, um ein wenig Schutz gegen die Witterungs-umbilden zu bekommen, in den den Platz umziehenden Gängen auf und säumte die weite Wiese dicht an dicht. Nach zuverlässiger Schätzung konnte man mit insgesamt 50 000 Teilnehmern rechnen. Schutzpolizei sorgte für freie Passage. Vor der Rednertribüne hatten die Parteibanner, darunter das Treptower, unter dem Fritz Ebert so manchesmal gestanden hatte, Aufstellung gefunden. Auf der Tribüne sah man neben den Partei- und Reichsbannerfahnen auch den schwarzrotgoldenen Führerwimpel des Windhorstbundes, sowie die Fahnen des Republikanischen Studentenbundes und der demokratischen Jugend.

Kurz nach 4 Uhr eröffnete der „Arbeiter-Sängerbund Groß-Berlin, 12. Bezirk“ mit dem prächtig vorgetragenen Lied „Sturm“ von Lohmann den Weichakt. Dann bestieg als erster Redner der demokratische Reichstagsabgeordnete Nuschke das Podium: „Gemeinsam gedenken wir heute der im Weltkrieg gefallenen Söhne, Väter und Brüder und des vor einem Jahr dahingegangenen ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert. Er ist ein spätes Opfer des Weltkrieges geworden und das Wort Freilichtgärters gilt für ihn: „Ihn fällt nicht das offene Schwert, ihn fällten die Räden und Läden!“ Wo wir stehen, ist geschichtlicher Boden. Hier sprach Friedrich Ebert in den letzten hangen Tagen des großen Völkerringens. Von heiliger Liebe für sein Volk erfüllt, hat er in unermüdlicher Arbeit versucht, Einheit, Frieden und Versöhnung zu erreichen, um den Hunger abzuwehren. Wie grauam wurde ihm dafür gelohnt. Seine edle Tat wurde entstellt und daraus eine fürchterliche Hege und Verleumdung gegen ihn gemacht, die letzten Endes dieses edle Herz vorzeitig zerbrach. Und so rückhaltlos er die Vaterlandsverteidigung betrieb, ein so glühender Freund war er der Sicherung des Weltfriedens. Wir können den teuren Toten nicht besser ehren, als daß wir geloben, für Freiheit und Glück unseres Volkes, aber auch für den Frieden in der Welt zu arbeiten.“ — Als zweiter Redner sprach Dr. Kellermann, der Leiter der Berliner

Zentrumsorganisation: „Wir Männer vom Zentrum wollen Friedrich Ebert Treue über's Grab hinaus wahren. Für uns ist

Ebert der republikanische Staatsmann von großem Ausmaß,

aber auch der lebenswerte Mensch, der treue Sohn seiner schönen Heimat am Redar. Mögen uns auch Weltanschauungsgegensätze getrennt haben, wir achten in ihm doch den reinen edlen, den im Grund sittlich-religiösen Menschen. Wir haben stets seine Ruhe, Besonnenheit und politische Klugheit bewundert. Es war sein großes Bemühen, die Autorität des Reiches nach innen und außen zu wahren und zu mehren. Um so schmähtlicher ist es, daß gerade jene, die auf die Wahrung dieser Autorität stets den allergrößten Wert legten, die Autorität des Reichspräsidenten Ebert mit den schmutzigsten Mitteln bekämpft haben. Unter dem Dach der Republik wollte er das deutsche Volk einigen. Ihm ist es gelungen, das deutsche Volk vor dem Chaos zu bewahren und aus den Trümmern das Reich neu zu bauen.“

Als letzter Redner sprach der Vorsitzende des ADGB, Reichstagsabgeordneter Genosse Peter Graumann: „In bereiten Worten haben die Vertreter der republikanischen Parteien das Andenken unfles Ebert geehrt. Ich will Eberts als des Parteimannes, des Vertreters des vierten Standes gedenken. Unsere Partei hat mit der Hergabe Eberts als Reichspräsident das größte Opfer gebracht. Wir mühen aber auch, daß er ein fröhlicher und ein Berufener war. Er hatte in der Partei von der Fülle auf gebiet. Er war durch die Bewerkschaft gegangen. Eine ganz glänzende Befähigung war ihm eigen, offenbar ausweglose Situationen zur annehmbaren Lösung und scheinbar unvereinbare Gegensätze zu einem Ausgleich zu bringen. Das sind die Fähigkeiten, die ein Staatsmann braucht. Das größte Verdienst Eberts war es aber, daß er unmittelbar nach dem Zusammenbruch gemeinsam mit den andern von dem Arbeiter- und Soldatenrat gewählten Volksbeauftragten

alle Kräfte eingesetzt hat, um das Volk vor dem Hunger, dem Chaos und allen ihren entsetzlichen Folgen zu bewahren.

Als in der Nationalversammlung in Weimar die Frage des Reichspräsidenten akut wurde, da konnten wir keinen anderen wählen als ihn, der sich in der schwersten Krise so glänzend bewährt hatte. Wer Gelegenheit gehabt hat, mit ihm zusammen zu sein, der mußte immer wieder die absolute persönliche Bescheidenheit bewundern, die sich ideal vereinte mit der Wahrung der Würde eines großen Amtes. Und getreu dem großen französischen Sozialisten Jean Jaurès, der da gesagt hatte: „Man kann nur dann ein guter Internationaler sein, wenn man zuerst mit beiden Beinen im eigenen Volkstum steht“, verstand er es glänzend, die Rechte seines eigenen deutschen Volkes energisch zu wahren, und dennoch den vieltausendfachen Beziehungen gerecht zu werden, die unser Volk und jedes Volk mit allen anderen Völkern der Erde unföschlich verbindet. Sein Wirken ist besonders

dort im Zustand anerkannt worden, wo man uns auch über den Krieg hinaus unfeindlich gesinnt blieb, und wenn in dieser Beziehung so manches besser geworden ist, hat Fritz Ebert das größte Verdienst daran. Wenn wir also heute mit gesenkten Fahnen das Andenken dieses Mannes ehren, so tun wir es in dem stolzen Bewußtsein, daß wir Erben eines großen Erbes sind, das er uns hinterlassen hat. Ein Jahr ist Fritz Ebert tot, aber mögen auch noch so viele Jahre über seinen Tod hingehen, wir werden ihn nie vergessen. Der Jugend im besonderen, und nicht nur der sozialistischen, sondern auch der bürgerlich-republikanischen bleibt es vorbehalten, die Verwaltung des Erbes eines Tages zu übernehmen. Wir wollen uns stark machen, die demokratisch-sozialistische Republik, wie sie Ebert uns hinterlassen hat, unter allen Umständen, allen Angriffen von rechts und links vom Trotz, zu erhalten, zu festigen und auszubauen, zum Wohl von Volk und Reich. Dafür wollen wir uns jederzeit einsetzen und wenn es sein muß auch mit unserem Leben."

Mit kurzen Worten gedachte schließlich der Gauvorsitzende des Reichsbanners Fritz Koch der im Weltkrieg gefallenen Toten. Solange es nicht als Trauerfest ununterbrochen dumpfe Trommelwirbel über die gebannt stehende Menge. Die Tambourhölle, 300 Mann stark, spielte: „Ich halt' einen Kameraden!" Der stürmende Reichsbannermarsch folgte und beschloß die Feier. Im strömenden Regen erfolgte in musterhafter Ordnung die Auflösung und der Abmarsch der Reichsbannerleute und die Heimkehr der Zuhörer.

Es war alles in allem eine würdige und erhebende, mächtig wirkende Gedenkfeier für den ersten Reichspräsidenten.

Am Grabe Friedrich Eberts.

Heidelberg, 1. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag nachmittag um 4 Uhr fand auf dem hiesigen Bergfriedhof an der Grabstätte Friedrich Eberts eine schlichte Gedenkfeier für den Verstorbenen statt. Aus Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg hatten sich 1500 Reichsbannerleute eingefunden. In dem Großstein nahmen die Fahnenträger und die Delegierten der Freien Republikanischen Studentenvereinigungen Aufstellung. Die badische Regierung hatte den Minister des Innern, General Kemmle zu der Feier entsandt. Von der Familie Eberts war Genannte Fritz Ebert erschienen. Die eigentliche Gedenkfeier hielt im Auftrage des Bundesvorstandes des Reichsbanners Regierungsreferendar Kolb. Im Namen des Parteivorstandes sprach der Bezirkssekretär A. Mann-Heidelberg Gedenkworte über den Toten, der für unser Volk alle Zeit ein leuchtendes Vorbild war und noch heute ist.

Am Vormittag legte der Gesandte des Reiches bei der hiesigen Regierung Dr. David im Auftrage der Reichsregierung einen Kranz mit einer schwarzgoldenen Schleiße an dem Grabe nieder. Auch die preussische, badische und hessische Regierung ehrten den Toten durch ein Kranzspende mit schwarzgoldener Schleiße.

Ein Gedenkstein auf der Haardt.

Eberfeld, 1. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag wurde auf der Haardt hoch über dem Wuppertal unter starker Beteiligung des Reichsbanners und reicher Anteilnahme der Bevölkerung ein Gedenkstein für Friedrich Ebert errichtet. Der Stein vorauf gingen zwei große Kundemonstrationen, in denen der Bundespräsident des Reichsbanners, Hörning, und die Abg. Erkelenz und Ferkel-Wagdeburg sprachen. Im Anschluß an die Versammlungen bildeten sich mehrere Züge, die mit Trommelschlag zu dem Gedenkstein zogen, der dann vom Bundespräsidenten Hörning eingeweiht wurde. Erkelenz zeichnete den Verstorbenen bei dieser Gelegenheit als den großen Volksführer. Er verdiente, der erste Bürger der Deutschen Republik genannt zu werden. Im Auftrage des Oberpräsidenten der Rheinprovinz sprach dann nach der Regierungspräsident von Düsseldorf, Borgmann, Worte des Gedenkens und der Anerkennung. Der Gedenkstein ist ein Granitfindling aus dem Fichtelgebirge, über 100 Zentner schwer, rund 3 Meter hoch und in seinem unteren Teil über 1 Meter breit. Das im Durchmesser 55 Zentimeter große Relief wurde nach einem von Professor Lederer begutachteten Entwurf des Eberfelder Bildhauers Koepmann in einer Düsseldorfer Bronzegießerei hergestellt. Der Gedenkstein trägt die Inschrift: Dem ersten Reichspräsidenten der Deutschen Republik Friedrich Ebert, 28. Februar 1926.

„Pique-Dame.“

(Städtische Oper.)

Wenn ein Mann von der musikalischen Kultur Bruno Walters aus dem Staube der Opernregale die „Pique-Dame“ von Tschaiowski hervorholt, um damit einen Triumph auszuspielen, so muß man, auch wenn sich alles Empfinden von 1926 dagegen wehrt, nach Gründen suchen. Diese Gründe sind spezifisch musikalischer Art; sie liegen in einem Heer von potpourriartig angeordneten Lieblichkeiten, in einer Mischung von russischer Schwermut und französischem Parfüm, einer Anreizende auf der Bühne, einer sinnlich deutschen Orchesterprache, einem Auszug ins Märchenland der Zauberspiele, einer bis zum Weichlichen gehenden Gefühlsschwärmerei überall. All das, Romantik und Wehmut und Kamelien, Parfüm und Liebe, altes Lied aus Goldschmiedbüchern und Balladen, — das reizt Walter, den Romantiker, der in seinem Operngeschmack beim Jahre 1890 stehen geblieben ist. Zugegeben, daß er auf dieser Partie zart und fein gute Musik zu spielen weiß. Aber blieb ihm die Maniertheit dieses Orchesters und seiner schalen Vektoren fern, blieb ihm die ewig laue nivellierte Rhythmierte lange ungenießbar, hätte er durch die Szenen der anmutigen Gefänge hindurch nicht auch die Sonntagsmüdigkeit gleichgültiger, die Krabbelt lineomatographischer, die unechte Realist schicksalsgewaltiger Szenarien hindurch? Wie fern liegt uns solche Geister, wie kindlich bleibt die Psychologie eines Spielertyps, der sich so in Liebe verzettelt! Das hat Tschaiowski nie geschrieben und Robest Tschaiowski hat dem Bruder hier nur der lyrischen Pointen zuliebe einen Bären aufgebunden. Gewiß: die erste Liebeszene zwischen Hermann und Lisa hat dramatischen Glanz. Die Kanonade am Wasser beginnt edel; aber die meisten Arienstücke haben einen einzigen Ton, den wir auf der Bühne nicht mehr gutheißen. Ist die Arie aber noch von gesellschaftlichem Kleinformat und Niveaue, so wird das Drama unecht, dumm, knallig. Hier verlagert Tschaiowski ganz. Seine Theatergeste ist Wache, seine musikalischen Konflikte lösen sich in Konfetti aus. Er spannt das Drama nicht, sondern entpannt es, retardiert, läßt die Szene stillstehen. Der Sänger schlägt den Theatermann tot und Weihenhofes, etwas was über die „Pique-Dame“ und den „Onegin“ hinausgeht, fehlt der Partitur. Bezeichnend genug, daß das hübscheste Chanson der Oper aus Otravos „Richard Löwenherz“ stammt. Die beiden geistvollsten Szenen der Oper sind überhaupt das Beste, das aus dem Opernschema herausstreift und eigenes, charakteristisches Profil zeigt. Ein Aufschwung von Leidenschaft auch im Schlußbild, dem Spielertafel. Vielleicht ging das alles noch hin, wenn die Handlung nicht so blos erzwungen wäre. Hier steigen noch die ehernen Ritter über Ballons, Inien vor Frauen, nennen sie Engel, drohen mit Revolvern, begegnen schaukelnden Leiden. Wie schnell lösten sich die Konflikte der Liebe, wenn die Oper nicht so lange dauern müßte. Wie rasch könnte Hermann die drei geheimnisvollen Karten kennenlernen, wie überflüssig sind die Selbstmorde bei so klaren Gefühlsschönheiten. Diese Reinen und großen Vorheiten erkennen man so schnell; aber auch ein Walter schüßt vor Torheit nicht. Auch eine sehr gute Aufführung konnte dieses Drama, das aus lauter Interpunktionen zu bestehen scheint, nicht zu einem eindrucksvollen Sprach- und

Beamtenum und Republik.

Der Reichsminister des Innern über Rechte und Pflichten der Beamtenschaft.

Im Haushaltsausfluß des Reichstages, in dem Montag früh die Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern aufgenommen wurde, sagte der Minister auf eine Frage des Referenten seine Stellungnahme zum Beamtenum sofort in folgenden Forderungen zusammen:

1. Die Erhaltung des Berufsbeamtenums öffentlich-rechtlicher Art ist auch für die Republik staatsnotwendig. Dazu gehören eine materielle, persönliche und dienstliche gesicherte Stellung des Beamten und der Rechtsanspruch der Pension und Hinterbliebenenversorgung.
2. Der Beamte soll die republikanische Staatsform bejahen und sich dem Staate innerlich verbunden fühlen.
3. Beamte, welche die Republik und ihre Symbole schmähen und verächtlich machen, machen sich unwürdig des Dienstes am Volke.
4. Ohne die Freiheit der Meinungsäußerung zu beschränken, soll der Beamte in der Kritik der Regierungsmassnahmen und der Volksovertretung maßvoll sein, Takt und Würde bewahren.
5. Ein neues Beamtenrecht soll den Pflichtenkreis der Beamten nach neuzeitlichen Begriffen regeln und seine Rechte so sichern, daß auch der Schein jeder Willkür vermieden und die persönlichen und dienstlichen Verhältnisse des Beamten überall durch klare Rechtsansprüche gesichert sind.
6. Ein Beamtenvertretungsgesetz soll den Beamten einen mitbestimmenden Einfluß auf die Gestaltung seiner persönlichen Angelegenheiten sichern.
7. Ein Dienststrafgesetz wird dafür sorgen, daß Verstöße und Ueberschreitung von Beamten in einem strengen, aber mit den nötigen Rechtsgarantien für den Beamten ausgestatteten Verfahren geahndet werden.
8. Die gesamte Beamtengesetzgebung wird zweckmäßigerweise in steter Fühlungnahme mit den Vertretungskörpern der Beamtenschaft selbst durchgeführt werden.
9. Die Fortbildungsmöglichkeiten der Beamten müssen erweitert und weitberzig gehandhabt werden.
10. Die gesamte Arbeit des Beamten muß sich unter den beiden großen Gesichtspunkten vollziehen: „Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei; alle Arbeit ist Dienst am Gemeinwohl.“

Auf die Deutschnationalen wirkte die Mitteilung dieser Richtlinien wie eine Bombe. In erregten privaten Zwiegesprächen, wie in leidenschaftlichem Einreden auf den Minister machte sich ihre Empörung Luft. Dr. Kütz hat ins Besondere geäußert.

Der Fall Jürgens.

Ein Richter in politischen Prozessen.

Der jetzt verhaftete Landgerichtsdirektor Jürgens, der früher Richter in Kassel und in Stargard gewesen ist, ist sicherlich der unwürdigste Mann, der jemals einen deutschen Richtertalar getragen hat. Sein Fall ist ganz außerordentlich, und sicher alles andere als typisch. Mag man auch an vielen Richtern mit Recht jene Eigenschaften des Geistes und des Herzens vermissen, die jeden auszeichnen sollten, der Recht spricht, so bleibt doch der gemeine Verbrecher als Richter ein unerhörter Einzelfall.

Dennoch ist dieser Einzelfall ein schwerwiegender Beitrag zum Skandal der deutschen Justiz. Wie war es möglich, daß ein solcher Mann als Richter amieren konnte? Wenn die Behauptungen der „B.Z.“ richtig sind, wonach Jürgens sich schon während des Krieges zahlreiche Verbrechen zuschulden kommen ließ und nur durch Amnestie vor der verdienten Strafe gerettet wurde, dann bleibt aufzuklären, wie dieser Mann nachher noch andere in das Gefängnis schicken konnte, in das er selber gehörte.

Der Verbrecher Jürgens hatte aber auch in zahlreichen politischen Prozessen, als Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofs, seine Finger im Spiel, in Prozessen, die

sich gegen Kommunisten richteten. Er hat dabei zweifellos gegen Personen gewirkt, die moralisch turmhoch über ihm standen! Diese Personen als möglichst gefährlich, als möglichst verbrecherisch erscheinen zu lassen, lag im Plan seines eigenen Verbrechens: hat er doch seinen Verfallungsbetrag auf die wesentlich falsche Beschuldigung aufgebaut, Kommunisten hätten zur Rache für seine richterliche Tätigkeit bei ihm einen Einbruch verübt!

Der Gedanke, daß das Ergebnis politischer Prozesse durch einen gemeinen Verbrecher als Richter ungünstig beeinflusst worden sein kann, ist ganz unerträglich! Es wird also genau nachzuprüfen sein, ob und in welchem Maße die Rechtsprechung durch diesen verbrecherischen Richter und seine gemeinverbrecherische Absichten zuungunsten von Angeklagten beeinflusst worden ist. Hier die rascheste Korrektur eintreten zu lassen — nach dem Grundsatz: im Zweifelsfall für den Angeklagten — ist eine Ehrenpflicht der Justiz, die sich von selbst versteht.

Die Fahnen am Königsfarg.

Ein rätselhaftes Gedicht.

Hugenbergs „Tag“ veröffentlichte gestern zur Gefallenfeier ein Gedicht von Hans Zappe „Die Fahnen am Königsfarg“, das folgendermaßen anhebt:

Gleich stummen Rufem steh'n sie um das Grab. —
Und leib'ner Glanz den heil'gen Dämmer füllt,
Der wie mit bittem Flor des Adlers Flug verhäßt:
Sie sanken nach der Schlacht, o Herzleid, in stille Gruft
Hrab . . .

Ueber dem Gedicht ist eine Zeichnung zu sehen, einen Sarg darstellend, über den sich Fahnen senken.

Leider erfährt der bis aufs äußerste gespannte Leser nicht, welcher König in dem besagten Sarg resp. Grab liegt. Ist Friedrich Barbarossa gemeint, der zwar nicht geradezu im Krieg gefallen, aber doch während eines Feldzugs ertrunken ist? Oder Ottokar, der Böhme? Oder wer sonst? Wann fiel ein König in der Schlacht?

Schließlich galt die gefrige Feier doch den Gefallenen des letzten Krieges. Und so wird das Gedicht nur noch rätselhafter. Denn im letzten Krieg sind zwar unseres Wissens sehr viele Sozialdemokraten gefallen, aber kein einziger König.

„Ja, es waren wirklich nur „Untertanen“, die gefallen sind. Die Könige aber lebten weiter, blieben vergnügt und forderten Abfindung.“

Ludendorff zitiert den „Vorwärts“.

Kennt er auch den Zusammenhang?

General Erich Ludendorff sendet der „Mecklenburger Partei“ folgende Zeilen:

Deutschland wird völlig sein oder es wird nicht sein. So sagte ich vor einigen Jahren. Diese Uebersetzung bricht sich in unserer seelischen, ökonomischen, politischen und wirtschaftlichen Not immer schärfer durch. Nun heißt es, nicht wieder fünf Minuten vor zwölf die Waffen weglegen, sondern es heißt, den ökonomischen Kampf mit alleräußerster Tatkraft zu führen und die Werkzeuge dazu bereitzustellen.

General Ludendorff macht sich damit einen bekannten und vielzitierten Satz aus einem Leitartikel des „Vorwärts“ zu eigen, der lautete: „Wehe dem Volk, das seine Waffen fünf Minuten zu früh an die Wand stellt.“ Dieser Satz war im Oktober 1918 geschrieben und richtete sich gegen die überstürzte Waffenstillstandsbitte des Generals Ludendorff!

Der Satz selbst ist dem General Ludendorff sicher bekannt. Sollte ihm seine Bedeutung bis zum heutigen Tag nicht aufgegangen sein, so wäre das eben kein glänzendes Zeugnis für seine Intelligenz. Sollte er aber seine Bedeutung kennen und ihn dennoch gebrauchen, so müßte man daraus bei ihm auf den gänzlichen Mangel jenes ursprünglichen Gefühls schließen, das bei anderen Menschen Scham genannt wird.

Handlungsgebilde umformen. Die farbige Dekoration Basettis und eine das musikalische Vorrecht nie antastende Regie Tietjens werden die „Pique-Dame“ nicht zu unserer Herzensdame machen. Von den Darstellern nenne ich die liebliche Lotte Lehmann, den gesanglich hochgewachsenen Dehmann, die außerordentliche naturalistische Kunst der Schulz-Dornburg, den elegischen, etwas starren Guttman, die offene Geste Baumanns. Das Publikum quittierte mit Beifall. Kurt Singer.

Die Geraer.

(Vierte Tanzmatinee der Volkshöhne.)

Ein reiches, vielleicht zu reichhaltiges Programm. Drei Kammerlänze, eine aus elf Längen bestehende spanische Suite („Saudades do Brazil“ von Dorlus Nihand) und, nach der Pause, der „Barabou“ des Vittorio Rieti. Weiterin und erste Tänzerin Yvonne Georgi. Musikalische Begleitung Alfred Schlee, Edgar Reider, Albert Bittner. In der Erinnerung hatten: eine „Arabische Suite“ der Georgi mit tausendfach nuanzierten beschwörenden, ekstatischen Armschwüngen, mit lebendiger Viersprache des wachenden Gewandes. Das mächtige Ballet eines Kammerlänzes (Rusik Nachmanoff) in wundernoll klarer Aktion der beiden gegenstehenden Gruppen. Dann farbige, drittige Visionen, Hellblau, Rosa, leuchtendes Orange. Alles durchfloßen, durchglänzt, durchzuckt von strahlenden Silberblitzen; „Sorocoba“, früher ein Solo der Georgi, jetzt als Gruppenanzug arrangiert, von weicher, zarter Kühle; „Botologo“, ein Solo des Julian Nigo, technisch vollendet, schmissig, temperamentvoll gebracht; „Leme“, das de Georgi-Nigo, in feinsten gegenseitiger Einfühlung und klingender Harmonie; die bekannten Georgi-Solo „Ypanema“ und „Tijuca“. Bühnenbilder und Kostüme von Hans Blanke geschaffen, linear und farbig von überirdischem, stimmungszartem Märchenzauber. Die Kompositionen im Charakter der Georgi: stark akzentuierter Anschlag, dann schwebende, oft etwas zu sehr in die Breite gehende Fährung und auflockernde Gipfelung im suggestiver Schlusshaltung. Wechselnde Dynamik mit trafen Uebergängen, netos, aber immer interessant, geistreich, poetend. Der Tanz der Georgi hat im letzten Jahr mehr und mehr höchstpersönlichen Charakter angenommen. Die Fülle dekorativer Bewegungsformen macht ihn eleganter und sinnlich reizvoller, ohne seine seelische Ausdruckskraft zu vermindern. In einigem Abstand an sie heranreichend Julian Nigo, der, seit wir ihn im Herbst sahen, sich überaus entwickelt hat, in der Kraft und federnden Leichtigkeit der Sprünge und Schwünge. Der Rest der kleinen Gruppe rasch zu einem einheitlichen Organismus zusammengeschweigt, dem noch manche Balletispiuren anhaften, der aber auf dem besten Wege ist, ein vorzügliches, technisch lauberes modernes Ensemble zu werden.

Auf den ersten, künstlerisch wertvolleren Teil des Programms folgte Nietis groteskes Tanzspiel „Barabou“. Eine darbe, tolle Farce in lyrisch und tänzerisch origineller Aufmachung mit lustigen Solo- und Gruppenanzügen, mit Bewegungs- und Gesangsschör. Ein sideler, amüsantester Auszug der Matinee.

Das Publikum, das den Raum des Bülowplatz-Theaters bis in die oberen Räume hinauf füllte, spendete

reihen Beifall. Die Mitwirkenden aber schienen in besonders gehobener Stimmung zu sein. Wußten sie doch, daß sie vor den Augen der größten Meisterin ihrer Kunst sich produzierten: Mary Wigman wohnte der Matinee bei. John Schitowski.

Kunst im alten Berlin. Erst nach dem trostlosen und unfruchtbaren Jahren des Dreißigjährigen Krieges machte sich in Berlin, das damals ein schmutziges, unbedeutendes und verelendetes Landstädtchen war, der Beginn einer künstlerischen Entwicklung bemerkbar. Aber nicht bodenständiges Schaffen gab hier den Anstoß, sondern der in Holland erzogene Kurfürst Friedrich Wilhelm, der besonders in wirtschaftlicher Hinsicht diesem Lande seine Bewunderung entgegenbrachte, berief holländische Künstler und Architekten nach Berlin. Die ganze Anlage der Stadt, die Befestigungen, der neuangelegte Lustgarten mit seinem geradlinigen, reichlich langweilig wirkenden Aufbau sind typisch für diesen holländischen Stil, den ein nüchternes, praktisch denkendes Volk schuf. Doch auch holländische Maler der Rembrandt-Schule kamen vorübergehend in die Stadt, und Namen wie Boverf, Flinck und Wilhelm von Hondhorst haben auch heute noch ihren Klang. Auf dem Gebiet der Bildhauerei aber wurde Bleibendes erst von Schütler um die Wende des siebzehnten Jahrhunderts geschaffen. — Das etwa war der Inhalt des Vortrages, den im Auftrage der Volkshöhne Prof. Mackowski im Hörsaal des Kunstgewerbe-Museums als Einleitung einer aus drei Abenden bestehenden Vortragsreihe über „Die Kunst im alten Berlin“ hielt, und der durch zahlreiche eindrucksvolle Bilder erläutert wurde. Doch inessen Prof. Mackowski den Stil des Vortrages schäbar an das Vorbild leider noch nicht allerorten selig erschlaffener Geschichtsbücher anlehnte und immer wieder aufs nachdrücklichste auf den „Segen, der auf dem Balken des großen Kurfürsten gelegen hat“ und auf seine „Ruhmestaten“ hinwies, ist weniger zu loben, vor allem, da es trotz der unheilbar gründlichen Zeitkenntnis des Redners doch einen bedenklichen Mangel an geschichtlicher und vor allem an kulturhistorischer Objektivität verriet. Tes.

Die Akademie der Künste veranstaltet im Frühjahr wiederum eine Ausstellung von Werken der Malerei- und Bildhauerkunst, zu der freie Einladungen ausgehen sind. Die Eröffnung wird Ende April, spätestens Anfang Mai erfolgen. Für die Einleitung der Ausstellung ist die Zeit vom 29. März bis 8. April festgelegt. Die Ausstellungsbücherei können von der Akademie der Künste, Berliner Platz 4, gegen Erstattung der Verwaltungsgelder von 0,50 M. bezogen werden.

Ausflugszüge im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht. Der Verfasser des Buches „Der Genius im Kinde“, Dr. A. G. Carltauch, Direktor der Mannheimer Anstalt, hält am 3. 4. und 5. abends 8 Uhr im Großen Saal des Zentralinstituts Vorträge über die Erziehung des Kindes. Am 3. lautet das Thema: „Alte und neue Erziehung“, am 4.: „Das mögliche Element in der Renaissance“, am 5.: „Die Kunst seit dem Expressionismus“. Karten zu 1.— Karte für den Abend sind erhältlich in der Geschäftsstelle des Zentralinstituts, Postdamer Str. 130 (Kurs 6918/19), und an der Abendkasse.

Im Rahmen der „Berliner Abend“ findet am 3. März, abends 8 Uhr, im Vertenhaus, Leipziger Str. 2, ein Kammermusikabend statt. Mitwirkende: Hilde Bent (Gesang), das van-Loor-Quartett, am Flügel: Luise von Brand.

Angrenzende Minderheiten.

Ostoberschlesische Polizeiaktion und Prager Sprachenverordnung.

Nicht das politische Verhältnis der Deutschen Republik zu ihren Nachbarstaaten, aber die Gefühlslage des deutschen Volkes im Eigenstaat gegenüber den Nachbarstaaten wird wesentlich beeinflusst durch das Vorhandensein und die Behandlung deutscher Minderheiten in diesen Staaten, ganz besonders in unseren slawischen Nachbarländern Polen und der Tschechoslowakei.

In Polen leben noch rund 1,2 Millionen Deutsche — aber zum größten Teil nicht in geschlossener Siedlung, sondern zerstreut und getrennt in die Deutschen des „Korridors“, von Bromberg-Graudenz, von Lodz, Ostober- und Südoschlesien. Hier von waren die Deutschen des Lodzer Gebiets bis zur Wiedererrichtung Polens am Kriegsende russische, die Deutschen von Bielitz-Biala österreichische Staatsbürger, ebenso wie die gesamten 3 1/2 Millionen Deutschen der Tschechoslowakei. Alle diese Deutschen, deren Wohnsitze nicht vorher Reichsdeutschland und Preußen gewesen sind, stehen dem reichsdeutschen Volk naturgemäß etwas fern; es gibt Millionen Reichsdeutscher, die vor der Errichtung der Nachbarstaaten so gut wie nichts von diesen Auslandsdeutschen gewußt haben. Hieraus kann man wohl erklären, daß jede Mißhandlung der deutschen Minderheit im ehemals preussischen Westpolen sofort besonders starken Widerhall in Deutschland findet, obwohl die Zahl dieser Deutschen bedeutend niedriger ist als die der Sudetendeutschen.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden slawischen Republiken liegt darin, daß in Polen das polnische Volk die Minderheitsvölker viel stärker überwiegt als in der Tschechoslowakei die Tschechen. Dieser Unterschied kann auch begründet werden, daß die Tschechen den Minderheitsvölkern entschieden mehr gesetzlich festgelegte Sprach- und Schulrechte eingeräumt haben als die Polen; freilich sind unter den Minderheitsvölkern der Sudetenrepublik 3 1/2 Millionen Deutsche von unanzweifelbar hohem Kulturniveau und die zum größten Teil in geschlossener Siedlung an den Staatsgrenzen wohnen. Wäre dieser Staat wirklich die „neue Schweiz“ geworden, als die seine Gründer ihn angefeindet hatten, dann würde er die beste Sicherung dieser Grenzstriche nicht darin sehen, daß man den alleingewiesenen Bewohnern nach dem imperialistischen Grundgesetz entgegentritt: „Mögen sie mich hassen, wenn sie mich nur fürchten!“ — Aber weit entfernt von solcher — allerdings neuartiger — Aenderung der Auffassung bemüht man sich seit Jahr und Tag, durch die Beamtenpolitik und jetzt wieder durch die Sprachenverordnung, diese Grenzgebiete zu tschechisieren. Das wird nicht nur gegen die Deutschen praktiziert — als ob es überhaupt möglich wäre, daß 7 Millionen 3/4 Millionen Menschen, die geschlossen beisammen wohnen, entnationalisieren könnten, noch dazu, wenn diese Minderheit in langer Grenze an ein gleichnationales 60-Millionen-Reich stößt! — die Slowaken, die doch beinahe-Tschechen sind, klagen gleichfalls darüber, daß der Staat gegen sie benützt werde, und die Polen in der Tschechoslowakei finden mit ihren Beschwerden in Warschau stets ein sehr lautes Echo. Die Ukrainer in Karpathenrußland aber stehen erst recht in scharfer Opposition.

In Polen, wo man allerdings im Minderheitenrecht bisher nicht weit über die schönen Verheißungsworte der Verfassung hinausgegangen ist, befaßt sich jetzt ein Ministerkomitee mit Minderheitsfragen und will sie, nach Erklärungen des Ministers Wasilewski gegenüber unserem deutschen Lodzer Parteiblatt, wirklich durch Verbürgung der kulturellen Selbstverwaltung für die zeitweilig lebenden und durch schrittweise Einführung der Gebietsautonomie an die geschlossenen siedelnden Minderheiten — Deutsche und Juden sind die ersten, Ukrainer und Weißrussen die zweiten — lösen. Trotzdem die Polen 18 von den 29 Millionen der Staatsbevölkerung darstellen, wollen ihre Linksparteien, vor allem die Sozialisten, anscheinend erstlich das Verhältnis des Staates zu seinen Minderheitsvölkern bessern, zu den 1,2 Millionen Deutschen, und je 3 Millionen Ostjuden, Ukrainern und Weißrussen. Wir sollten übrigens endlich auch der polnischen Minderheit die feierlich versprochenen Schulen geben; wie wenig bisher dafür und wieviel dagegen geschehen ist, lehrt eine materialreiche Eingabe des polnischen Landtagsabgeordneten Baczewski an das preussische Staatsministerium, die seit einem halben Jahr unbeantwortet geblieben ist.

Es ist im Interesse der Völkerverständigung überaus bedauerlich, daß von den tschechischen Staatsparteien — das sind alle bis auf die Kommunisten — solche Absichten, das Verhältnis des Staates zu den Nichttschechen zu bessern, nicht bekämpft werden, im Gegenteil, durch die jüngste Sprachenverordnung solcher Besserung gerade entgegengekehrt wurde. Gewiß, die Minderheitsvölker des Tschechenstaates haben bestimmte Rechte, die die Minderheitsvölker Polens schmerzlich entbehren — aber die jüngsten Neuwahlen des Staatsparlaments mit ihrer Schwächung der Staatsparteien und national gemäßigter Minderheitsparteien zugunsten der Kommunisten und Chauvinisten sollten doch auch die Führer eines Staates zur Einkehr bringen, der vielleicht weniger als so manche nachdenklichen Polen, um seine staatliche Zukunft in fernerer Zeit bangt. Eine andere Erwägung müßte für die tschechische Linke bestimmender sein: Innerhalb der jetzigen Regierungskoalition gibt es dauernd die schärfsten Kräfte, denn zu wesenfremd sind die hier zusammengepackten Parteien und nur das Bedürfnis nach Erhaltung des tschechischen Staatscharakters einigt sie. Aber ist denn der Begriff des Staates als eines nationalen Herrschaftsinstrument über andere Völker nicht vielmehr altübergebrachte und reaktionär als eine kostbare und unbedingt festzuhaltende Neuerwerbung? Wenn die tschechische Linke sich dazu aufschwänge, auch im Staatsbegriff revolutionär zu sein, wie sie es gegen Rom und Wien gewesen ist, wenn man sich bereit erklärte und verpflichtete, die Politik der „neuen Schweiz“ zu machen, so könnte man sicher mit nicht-tschechischen Linksparteien zusammen den Staat weiterführen, der für die anderen nicht mehr eine Fremdherrschaft bedeuten würde!

Kundgebungen in Sudetendeutschland.

Prag, 1. März. (Eigener Drahtbericht.) In den deutschen Gebieten des Staates demonstrierten gestern 68 mollenhaft beladene Volkssammlungen gegen die Sprachenverordnung, die unter Bruch des Versprechens des Ministerpräsidenten erlassen worden ist, ohne daß sie dem Verfassungsausschuß vorgelegt worden war. Fast überall schlossen sich trotz Verbot an die Verammlungen Aufmärsche zum Sitz der politischen Verwaltungsbehörden an, denen die Entschließung überreicht wurde. Ansprachen im Freien verbin-

Internationale Handelspolitik.

Die Konferenz der deutschen, belgischen und französischen Sozialdemokratie.

Auf Veranlassung der französischen Partei fand am 26. und 27. Februar in Brüssel eine Zusammenkunft mit Vertretern der belgischen und deutschen Sozialdemokratie statt. Für die französische Partei waren erschienen Brade, Canol, Barthe und Grumbach; für Belgien de Brouckere, Piérard und van Rosbroeck, für Deutschland Breitscheid, Hilferding und Robert Schmidt. In eingehenden Beratungen wurden die Fragen und der Stand der zwischen den Ländern bestehenden Handelsbeziehungen besprochen. Mit Genugtuung konnte weitestgehende Übereinstimmung der Ansichten festgestellt werden. Der Verlauf der Konferenz bekräftigte die Teilnehmer in der Ansicht, daß über gelegentliche Konferenzen hinaus eine dauernde Fühlungnahme der Parteien aufrecht erhalten werden müsse, um die parlamentarischen Aktionen und das Eintreten für die gemeinsamen Ziele ihrer Wirtschaftspolitik stets wirkungsvoller zu gestalten.

Über den Verlauf der Konferenz wurde folgende gemeinsame Mitteilung gemacht:

Die Wirtschaftskonferenz der Delegierten der sozialistischen Parteien Deutschlands, Belgiens und Frankreichs, die am 26. und 27. Februar in Brüssel tagte, um die durch die gegenwärtigen Verhandlungen über die Zoll- und Handelspolitik aufgeworfenen Fragen zu prüfen, hat sich auf folgende allgemeine Prinzipien ihrer Aktion geeinigt:

Die Delegierten der drei vertretenen Parteien sind der Ansicht, daß diese Politik vor allem darauf bedacht sein muß, die normalen Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihren Nationen in einer Weise zu sichern, die die Interessen der Arbeiter und Verbraucher wahrt, die Höherentwicklung der internationalen Produktivkräfte gewährleistet und auf die endgültige Festigung des Friedens hinwirkt. Denn der Friede kann nur dann dauerhaft sein, wenn zu gleicher Zeit mit seiner juristischen und politischen Organisation auch seine ökonomische Organisation verwirklicht wird.

Die Konferenz, in der Ueberzeugung, daß normale wirtschaftliche Beziehungen erst dann endgültig möglich sein werden, wenn die verschiedenen Staaten die Stabilität ihrer Währung wieder hergestellt haben, proklamiert nichtsdestoweniger die Dringlichkeit einer Politik der wirtschaftlichen Verständigung und der Zusammenarbeit ihrer drei Länder zur allgemeinen Durchführung von Handelsverträgen, die zur rationalen Organisation der Produktion und der Arbeit beitragen, ohne die die Verwirklichung sozialistischer Reformen nicht ins Auge gefaßt werden kann.

Die Konferenz ist überzeugt, daß es vor allem notwendig ist, jene Illusion zu zerstören, als ob die Völker abgeschlossen von den anderen leben und ihre Bedürfnisse auf Grund einer engherzig nationalistischen Wirtschaftspolitik befriedigen könnten. Der

aggressive Protektionismus,

der nach dem Krieg in Europa herrschte, und die politische und wirtschaftliche Zerrissenheit Europas noch verstärkte, muß von den sozialistischen Parteien energig bekämpft werden. Der Zustand gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit und Durchdringung, in dem sich die Nationen befinden, schafft die Notwendigkeit von Handelsverträgen, durch die sich die Völker

mit dem Gedanken der europäischen Union vertraut machen sollen als einer Etappe auf dem Wege zu einer internationalen Wirtschaftspolitik.

Das unmittelbare Ziel der auf der Konferenz vertretenen Parteien ist die Durchführung einer umfassenden Handelsvertragspolitik, die auf folgenden Grundlagen beruhen muß:

1. Die allgemeine Anwendung der Klausel der Meistbegünstigung.
2. Die Herabsetzung der Schutzzollstrafen.

der die Gendarmerie, das Singen des Deutschlandliedes oder der „Wacht am Rhein“, die hierzulande deutschnationale Parteilieder sind, wurde mit Verhaftung und Bestrafung geahndet.

Krisenmesse in Leipzig.

Geringe Geschäftstätigkeit.

Leipzig, 1. März. (Eigener Drahtbericht.) Wie nicht anders zu erwarten, hat der Beginn des Geschäftes auf der Leipziger Messe enttäuscht. Anstatt der 12.000 Aussteller, die zur letzten Frühjahrsmesse kamen, waren nur etwa 10.500 erschienen. Die größten Läden weisen hierbei Textil- und Schuhindustrie auf, während sich auf den übrigen Gebieten das Fehlen von Ausstellern weniger bemerkbar macht. Die Messe war zwar am Sonntag von einem Strom von Besuchern überschwemmt, aber die Käufer halten sich außerordentlich zurück. Vom Ausland her sind zahlreiche Besucher erschienen, ohne daß man jedoch den Eindruck hat, daß sie mit den deutschen Preisen und Zahlungsbedingungen zufrieden sind. Der schlechte Geschäftsgang ist aus der allgemeinen Lage zu erklären. Was die Nachfrage und die Tätigkeit der Aussteller angeht, so ist wieder das Möglichste getan worden, um alle Ansprüche befriedigen zu können.

Besondere Beachtung fand auf der Technischen Messe die neue Ausstellung für die Energiewirtschaft im Rahmen der Textilmesse, die erstmalig veranstaltete Gesamtausstellung für das Gebiet der Kunstseidenindustrie, auch das neue Reihhaus am Ring, das in Form eines Hochhauses gebaut ist und in dem sich besonders die Sportartikelindustrie zusammengelassen hat, fand lebhaft Beachtung. Die Konzentration der einzelnen Branchen hat damit auch auf der diesjährigen Messe weitere Fortschritte erzielt, was naturgemäß eine bedeutende Erleichterung für das Einkäuferpublikum darstellt. Allgemein wird festgestellt, daß die Aussteller relativ wenig Neuheiten zu bieten haben. Auch auf der Reklamemesse konnte man beobachten, daß eigentlich durchschlagende Neuheiten fast gänzlich fehlten.

Die weiteren Ausstellungen des Geschäftes werden allgemein sehr vorsichtig beurteilt. Das schlechte Wetter, das in Leipzig seit Sonntag, wie üblich zu Messebeginn, eingetreten ist, wird wahrscheinlich die Folge haben, daß ein Teil der Besucher die Tätigkeit auf der Messe noch erheblich abkürzt.

„Romosibirsk“. Das Präsidium des Zentralen Volkskomitees der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat beschlossen, die Stadt Romo-Rosolajew in „Romosibirsk“ umzubenennen.

3. Den Verzicht auf alle Maßnahmen, die die Festlegung verschiedener Preise für das In- und Ausland herbeiführen.
4. Die Aufhebung noch bestehender Ein- und Ausfuerverbote für bestimmte Waren, entsprechend dem Entwurf, der gegenwärtig der internationalen Wirtschaftskommission des Völkerbundes vorliegt.
5. Die Verträge müssen langfristige und die Tarife gebunden sein, ausgenommen besondere Fälle, die in den Verträgen vorzusehen sind.
6. Abschaffung des Patzwanges.
7. Vereinbarungen über die Bedingungen des Verkehrs zu Wasser und zu Lande.
8. Verständigung über die Ein- und Auswanderung.
9. Gegenseitige Anerkennung des Markenschutzes und der Herkunftsbezeichnung.

Die Konferenz fordert mit Nachdruck, daß jedes der drei Länder das

Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag

und die übrigen unter der Leitung des Internationalen Arbeitsamtes beschlossenen Arbeiterchutzabkommen anwendet und ratifiziert.

Sie verlangt die Hinzuziehung von Vertretern der Arbeiterorganisationen zu den Handelsvertragsverhandlungen als Sachverständige und Delegierte.

Die Konferenz stellt die allgemeine Tendenz der Industrie auf Bildung von

internationalen Kartellen und Konzernen

fest. Diese Kartelle können ein Mittel zur Rationalisierung der Produktion und des Handels sein, stellen aber infolge ihrer wirtschaftlichen Machtentfaltung eine ernsthafte Gefahr für die Arbeiterklasse und die Verbraucher im allgemeinen dar, wenn sie ausschließlich der privaten Initiative überlassen bleiben. Deshalb fordert die Konferenz in der nachdrücklichsten Weise, daß sie nur unter der Kontrolle und mit Zustimmung der Regierungen und der Parlamente abgeschlossen werden können. Auf diese Weise muß die Entstehung einer gefährlichen Monopolstellung verhindert werden, die zu einer Einschränkung der Produktion und damit zu Preissteigerungen und zur Arbeitslosigkeit führen würde.

Die Kontrolle der Regierungen und der Parlamente muß sich auch erstrecken auf die Einfuhrkontingente, die zwischen den verschiedenen Ländern und Industrien vereinbart werden, um den Abschluß von Handelsverträgen zu erleichtern; diese Kontrolle soll hinzukommen auf eine bessere Verteilung des Absatzes und der Rohstoffe, auf die Förderung der internationalen Arbeitsteilung und auf die Verhinderung von solchen Produktionsbeschränkungen, die lediglich kapitalistischen Profitzwecken dienen.

Die auf der Konferenz vertretenen sozialistischen Parteien geben ihrer Ueberzeugung von der Notwendigkeit Ausdruck, daß durch eine Ausdehnung der Einflußnahme des Völkerbundes auf die wirtschaftlichen Probleme

eine fortschreitende Entspannung der internationalen wirtschaftspolitischen Gegensätze herbeigeführt werden kann.

Die französische und deutsche Delegation geben ihren Entschluß Ausdruck, sich für den raschen Abschluß eines endgültigen deutsch-französischen Handelsvertrages einzusetzen. Die sozialistischen parlamentarischen Fraktionen werden alles, was in ihren Kräften steht, tun, um gemäß den angeführten Richtlinien die im Wege stehenden Schwierigkeiten zu überwinden.

Die Konferenz bringt die von ihr einstimmig beschlossene Resolution der Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale zur Kenntnis.

Die Aufklärung der Fememorde.

Anfragen im Untersuchungsausschuß.

Im Fememordschuß des Landtages sind eine ganze Reihe Anträge zur Vernehmung einzelner deutschnationaler Abgeordneter und einer Reihe von Privatpersonen eingegangen. So soll nach einem Antrag des Demokraten Riedel der deutschnationale Landtagsabg. Jahnke u. a. gefragt werden, ob er Gelder, die ihm zur Verfertigung im Ruhrkampf übergeben waren, für die Zwecke der am Rührtriner Putz beteiligten Schwarzen Reichswehr verwendet und ob er im Zusammenhang mit dem Rührtriner Putz wiederholt an Sitzungen teilgenommen hat, in denen nicht nur dieser Putz besprochen und vorbereitet, sondern auch über die Beseitigung von Stresemann und Severing gesprochen worden ist.

Wahlerfolg des Linkskartells.

Mehr Stimmen als 1925.

Paris, 1. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Gesamtwahl zur Kammer im Departement Marne hat die Linke einen neuen Sieg errungen. Der radikalsozialistische Kandidat Marchandea, Bürgermeister von Reims, und der Sozialist Deal sind mit 40.260 bzw. 33.638 Stimmen gewählt worden, während die beiden Gegenkandidaten der Rechten nur 26.663 bzw. 26.427 Stimmen erlangten. Verglichen mit den Wahlen des 11. Mai 1924, hat die Linke gestern bedeutend an Stimmenzahl gewonnen. Der Spitzenkandidat der Kartellisten erhielt damals 37.180 Stimmen, der des Nationalen Blocks 29.927 Stimmen.

Die Linkspresse begrüßt den Sieg als ein Zeichen dafür, daß das Kartell, das in der Kammer in den letzten Wochen föhlig auseinandergefallen ist, im Lande noch immer lebendig ist und gegenüber den Wahlen von 1924 sogar beträchtlich an Anhängern gewonnen hat.

In der Nachwahl zum Pariser Gemeinderat, in der gestern Stichwahl zwischen dem Kandidaten der Kommunisten und dem der Radikalsozialisten war, ist der erstere mit 4309 gegen 3018 Stimmen durchs Ziel gegangen. Bei der Hauptwahl im Jahre 1925 war der Kandidat der Radikalsozialisten mit 7160 gewählt worden, während der Kommunist es nur auf 3376 Stimmen gebracht hatte. Die rechtsstehende „Victoire“ meint dazu, wenn diese Wahl an sich auch nur geringes Interesse habe, so müsse sie doch zu denken geben, denn sie zeige, daß der Enthusiasmus, mit dem die Wahl Tardieu vor 14 Tagen als Zeichen dafür begrüßt wurde, daß die Linke ohgewichtigst habe, erheblich verträht gewesen sei.

Was ein Volkstrauertag uns sagt.

Für einen Volkstrauertag zu werben, hat schon seit mehreren Jahren der Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge sich bemüht. Auf eine Anregung, die von dem Volksbund ausging, trat der Ausschuss für die Festlegung eines Volkstrauertages zusammen. Das Ziel dieser Bestrebungen ist, daß der Volkstrauertag nicht nur gesehliche Einrichtung, sondern allgemeiner Volksbrauch wird. In Berlin veranstaltete der Ausschuss am Sonntag sieben Gedenktage.

An der Feier im Reichstagshaus beteiligten sich der Reichspräsident Hindenburg, der Reichkanzler und andere Mitglieder der Reichsregierung, Vertreter der Regierungen von Preußen und anderen deutschen Staaten, Mitglieder der Parlamente und anderer Körperschaften. Der erst geschmückte Reichstagsaal und alle Tribünen waren bis auf den letzten Platz besetzt. Stimmungsbereit leiteten der Koselische Bläserbund und der Erste Männergesangsverein die Feier ein. Die Gedendrede des Volksbundesvorsitzenden Siems knüpfte an den Tod Friedrich Eberts an, des ersten Präsidenten der deutschen Republik, der gestern vor einem Jahre dem deutschen Volke entrissen wurde. Dem neuen Präsidenten Hindenburg meinte der Redner Dank darbringen zu sollen „im Namen der zwei Millionen Gefallenen, die im Glauben an ihn, den Führer, in den Tod gegangen sind“.

Unter Ablehnung „schwächlicher Sentimentalität“ steht Siems die echte und wahrhafte Trauer in dem reichscharfsten Gefühl inniger Dankbarkeit, aber auch starken und mutigen Vorwärtsschreitens im Sinne derer, um die man trauert. Manchem könnte das wie Hoffnung auf einen Tag der „Bergelung“ klingen. Das Wort blieb ungehört, aber unausgesprochen blieb auch der Gedanke, der viele Millionen deutscher Volksgenossen erfüllt und an einem „Volkstrauertag“ nach Ausdruck ringt, der heiße Wunsch und feste Entschluß: „Nie wieder Krieg!“ Die auf dem Herrn hatten, auf den Gott der Geschichte, die — rief der Redner — triegen neue Kraft? Was soll dieser Hinweis auf den „Gott der Geschichte“? Im Volkstrauertag wünschen wir dem deutschen Volk „neue Kraft“. Finden muß es die Kraft, eine Wiederholung jenes grauenvollen Völkermordes zu verhindern.

In einer Anzahl Berliner Lokale fanden Gedenktage statt, über deren wahren Geist die folgenden Berichte am besten Auskunft geben werden. Die Gedenktage im Konzerthaus Elou in der Bauerstraße stand im Zeichen des Haltenkreuzes. Man sah viele schwarzweiße Frauen mit der Aufschrift: „Mit Gott, für Kaiser und Reich“, „Selbstschutz“, „Wiking“, „Wermolt“, „Olympia“ und wie die ostpreussischen Verbände alle heißen mögen, waren vertreten. Nach einem Trauermarsch des Berliner Lehrer-Gesangsvereins sprach Generalmajor a. D. v. d. Goltz, der sich bemühte, nicht allzu sichtbar rechtspolitisch zu sein, dessen Worte aber in der immer wieder betonten Verherrlichung der kriegerischen Mannestugenden und des alten preussischen und „christlichen“ Geistes gipfelten. Diese Art von Trauerreden nimmt die gefallenen Toten allein für sich in Anspruch, um unter dem Deckmantel der Einigkeit und allgemeinen Trauer die alte Welt des Militarismus zu verherrlichen. Die Feier endete mit einem gemeinsamen Hymnus auf das germanische Schwert und die im Felde unbesiegt liegenden Germanen und mit dem nachmaligen Umzug der Fahnen unter der schmetternden Musik von „Preußens Gloria“. Im Großen Schauspielhaus veranstaltete der „Volkbund zur Schaffung eines Volkstrauertages“ eine Gedenktage für die Gefallenen. Mit dem Trauermarsch Beethoven's zogen die Fahnen der Vereine ehemaliger Soldaten ein, unter ihnen eine große Anzahl schwarzweißer. Die Festrede hielt der Wehrkreispfarrer Wie Jamer. Der Redner beschränkte sich auf die Worte von 1914, den er auch der heutigen Generation wünscht. Bruderwitz sei daran schuld gewesen, daß wir den letzten Sieg nicht mehr erreichten. Der Geist der Gräber muß wieder in uns wach werden. Der im vollen Ornat ruhende und mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse geschmückte Wehrkreispfarrer glaubte lassen zu können, daß die Gesamtheit des Volkes den Volkstrauertag in diesem Sinne von 1914 deuten würde. — Sondern die Fahnenhorst, der in den Kammerjäten sprach, wollte wohl von den Toten nur Gutes reden, aber auch er sprach von dem „heiligen Geist von 1914“, der auf den Schlachtfeldern gemacht hätte, bei diesem Kaufschien die „Helden jauchzend in den Tod geschritten“ wären. Er sagte nach, man höre heute die Kriegslieder nicht mehr gern, aber ein Lied (allerdings wenig bekannt) dürfe nicht der Vernachlässigung anheimfallen. In dem Lied macht ein Rekrut seiner Mutter den Vorwurf, ihm nichts von Jesus erzählt zu haben; erst im Schönenaraben habe er ihn kennen gelernt, und Jesus habe ihm beigegeben, so daß er nun gern sein Kreuz für König und Vaterland verspiere. In diesem Geist war die ganze Ansprache gehalten. — In der „Hochschule für Musik“, Hardenbergstraße, sprach bei der Totengedenktage Staatsminister a. D. Dominicus. Seine Rede blieb farblos, vermied aber nationalisierende Phrasen. Dagegen spukte der „Feindbund“ trotz Locarno in dem Prolog herum, den Herr Hugo Klebe sprach. Ausgesprochen klangen die Goeßlerchen Chöre „Requiem aeternam“ und „Sei gedreu bis in den Tod“ sowie Blumners „Ruhe sanft in ewigem Frieden“, die der Erste Gesangsverein unter Leitung Baders zu Gehör brachte. Die Feier begann mit dem Beethoven'schen Trauermarsch und schloß mit dem „Hohenfriedberger“, gespielt von dem Wolff-Becker-Orchester.

Alle diese Feiern zeigten wenig von einem Geist der Verständigung, des Friedens und der Veröhnung. Eine Totengedenktage müßte auch ein Auftrag für die Lebenden sein, die bekennen müßten: „Wir tragen die Mitschuld!“ Eine solche Fehler müßte gipfeln in einem „Nie wieder Krieg!“ Militärische Erinnerungen sind überflüssig. Draußen auf dem grünen Plan in Treptow hörte man andere Töne, dort sah man die Formen einer Volkstrauertage entstehen, die das ganze mitfühlende Volk erfüllt.

Ferienreisen ins In- und Ausland.

Wie im Vorjahr veranstaltet der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit auch in diesem Jahr wieder eine Anzahl interessanter Ferien- und Studienreisen ins In- und Ausland. Diese Reisen bieten unendlich viel des Schönen und herrlichen: herrliche Seefahrten, romantische Gebirgsregionen, reizvolle Städtebilder, wertvolle Informationen, kurz eine Fülle von Anregungen und Eindrücken, wie man sie nur auf einer Reise in Gesellschaft gleichgesinnter Menschen erhalten kann.

1. Auslandsreisen: Okerfahrt Brüssel—Paris, vom 2. bis 7. April. Anmeldungen sofort erbeten! Nach Schweden (Sohnik, Gotenburg, Ludolfs, Besichtigung der berühmten Orgelwerke, Stockholm, Rückfahrt zwei Tage zur See nach Lübeck); Anflug Ost, 10 Tage, nach der Schweiz (Schaffhausen, Zürich, Luzern und Vierwaldstätter See, Interlaken, Bern, Basel); 23. Juli bis 2. August. Zweite Reise Brüssel—Antwerpen—Paris; vom 14. bis 22. August. Nach Prag—Wien—Salzburg—Berchtesgaden; 22. bis 31. August. Große Gesellschaftsreise an die blaue Adria (München—Triest—Venedig—Gardasee—München); Mitte Juni, 8 Tage. Diese Gesellschaftsreise ist ein erster Versuch, ein landschaftlich besonders herrliches Gebiet einem größeren Kreis von Teilnehmern zu erschließen. Eine rege Propaganda für diese Reise ist daher notwendig, da sie nur durchgeführt werden kann, wenn sich ein genügend großer Teilnehmerkreis findet.

2. Inlandsreisen: Rheinfahrt (Frankfurt a. M., Wiesbaden, Bingen, Koblenz, Bonn, Köln); vom 13. bis 20. Juni. In die Nordsee (Hamburg—Helgoland—Bremen); vom 1. bis 7. August. In den Schwarzwald (Mannheim, Kribitz, Triberg, Gurtmannen, Feldberg, Freiburg); vom 22. bis 31. August. Die Reisen werden vom Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit organisiert, so daß der einzelne sich um nichts zu kümmern braucht. Die Teilnehmerkosten können in bequemen Ratenzahlungen beglichen werden. Alles Nähere, Kosten, Teilnehmerbedingungen usw., enthält der illustrierte, gut ausgestattete Prospekt, der gegen Einsendung von 30 Pf. durch den Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 63, Lindenstraße 3, zu beziehen ist.

Haßbefehl gegen das Ehepaar Jürgens. Beide schwer belastet.

Am heutigen Montag ist der von der Staatsanwaltschaft in Stargard i. Pomm. mit der Untersuchung des Falles Jürgens beauftragte Landgericht Sach in Berlin eingetroffen und hat sich sofort mit den maßgebenden Beamten im Polizeipräsidium, Regierungsdirektor Weiß, Amtsgerichtsrat Strudmann und Kriminaloberinspektor Schläpfer in Verbindung gesetzt. Das Ehepaar Jürgens bestritt auch jetzt noch, sich strafbar gemacht zu haben und Jürgens hält noch wie vor an seiner Angabe fest, daß er das Opfer seiner politischen Gegner, der Kommunisten, sei.

Auf der anderen Seite hat sich das Belastungsmaterial gegen das Ehepaar doch noch weiter verdichtet. Besonders Frau Jürgens erscheint durch die Aussagen der in Stargard vernommenen Geschäftseleute, der Hausangestellten und anderer Personen sehr schwer belastet. Es gewinnt immer mehr die Wahrscheinlichkeit Raum, daß Frau Jürgens ihren Gatten schon bei Beginn der Ehe über ihre Vermögenslage getäuscht hat und daß die nachfolgenden Mordverbrechen von ihr aus dem Bunde heraus unternommen worden sind, einmal dem Gatten weiter vorzuführen zu können, daß sie über größere Einkünfte verfüge und dann durch einen großen Schlag den tausend kleinen Verlegenheiten ein Ende bereiten zu können. Sehr belastend für Frau Jürgens sind nach dieser Richtung die Aussagen des Leiters der Stargarder Stadtbank, Direktor Ulrich, von dem Frau Jürgens auf Grund der Patentlizenzen ihres verstorbenen Mannes einen größeren Kredit haben wollte. Der Bankdirektor erklärte den Behörden gegenüber, daß er die Lizenzen seinerseits geprüft und für so zweifelhaft und wenig aussehensreich gehalten habe, daß er sich nicht zu entschließen vermochte, Frau Jürgens daraufhin auch nur 3000 M. Kredit einzuräumen. Wie wir weiter erfahren, wird das Ehepaar, nachdem durch die Staatsanwaltschaft Stargard der endgültige Haftbefehl ausgesprochen worden ist, voraussichtlich Ende dieser Woche auf Veranlassung des Oberstaatsanwaltes Dr. Jordan nach Stargard in das dortige Gefängnis übergeführt werden. In den nächsten Tagen aber sollen die Ermittlungen noch weitergeführt und eine Anzahl Zeugen in Berlin vernommen werden. Darunter werden auch wahrscheinlich sich Kommunisten befinden, die von Stargard nach Berlin übergeführt sind.

Zur Förderung des Wohnungsbaus.

Der in unserem Bericht über die Stadtverordnetenversammlung bereits angekündigte neue Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Förderung des Wohnungsbaus hat folgenden Wortlaut:

„Die Bautätigkeit war in den Baujahren 1924/1925 und 1925/1926 bei weitem nicht so reg, daß dadurch die Wohnungsnot in Berlin gelindert wurde. Im Gegenteil. Gerade in der genannten Zeit ist eine weitere Verschlechterung eingetreten. Die bisher von den öffentlichen Organen unternommenen Maßnahmen haben sich als unzureichend erwiesen. Eine private Wohnungsneubauaktivität ohne öffentliche Hilfe ist überhaupt nicht zu verzeichnen. Die Stadtverordnetenversammlung hält daher folgende Mindestmaßnahmen auf diesem Gebiete für dringend erforderlich:

- a) Eine wesentliche Erhöhung des der Stadt Berlin zufließenden Anteiles vom Aufkommen der Hauszinssteuer.
b) Die Bereitstellung weiterer städtischer Mittel für den Bau solcher Wohnungen, die zu einem erträglichen Mietzins und ohne Bauförderungshilfe an Rinderbemittelte vermietet werden können. Ein Betrag von 25 Millionen Reichsmark ist hierfür in den Haushalt des Jahres 1926/27 einzustellen.
c) Senkung der Baukosten; hierzu sind geeignet:
1. Bekämpfung des Baustoffwuchers. Den privaten Produktions- und Handelsstellen ist ein Kartell der Baustoffkonumenten entgegenzustellen.
2. Uebertragung der Neubautätigkeit an von der Stadt Berlin zu kontrollierende Wohnungsbau-Gesellschaften, die im engsten Einvernehmen mit den Konsumentenorganisationen, wie gemeinnützigen Baugenossenschaften und den Berufsorganisationen des werktätigen Volkes zusammenarbeiten.
3. Bevorzugung solcher Bauvorhaben, die auf Großbaustellen den Serienbau, die Normalisierung und Typisierung der Bauten betreiben und welche die Anwendung wirtschaftlicher Betriebsführung garantieren.
d) Es sind Maßnahmen zu treffen, welche geeignet sind, die neben den öffentlichen Hypotheken erforderlichen Baupapitalien zu erträglichen Zinsbedingungen zu beschaffen und welche ferner geeignet sind, diese Baupapitalien der gemeinnützigen Bautätigkeit für Rinderbemittelte zuzuführen. Zu diesen Mitteln gehören auch die für den Hypothekentritt verfügbaren Mittel der städtischen Sparkasse, der städtischen Feuerversicherungs-Gesellschaft (die auf sämtliche Neubauten in der Stadt Berlin auszuweihen ist), des Berliner Pfandbriefamtes und der Reichsversicherungsanstalt.

e) Bereitstellung billigen Baugeländes durch die Stadt und dessen gemeinnützige Bindung durch das Erbaurecht oder Heimstättenrecht. Erwerb weiterer für Siedlungszwecke geeigneten Geländes durch die Stadt.

f) Anweisung an alle städtischen Baubehörden und städtischen Gesellschaften, wie Wasser-, Gas-, Elektrizitätswerke, den gemeinnützigen Wohnungsbau für Rinderbemittelte in weitgehendster Weise zu unterstützen und durch Stundung oder Erlaß der Gebühren zu fördern.

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, diesem Beschluß beizutreten und die zur Durchführung desselben erforderlichen Maßnahmen vorzunehmen.“

Nur die Fürstenteilung.

Eine öffentliche Kundgebung für die entschuldigungslose Entleerung der Fürsten fand vorgestern in Biesdorf-Nord statt. Bemerkenswert in der gut besuchten Versammlung war, daß viele Anwesende den rechtstehenden Parteien angehörten. Genosse Landtagsabgeordneter Jachert bezeichnete die Ansprüche der ehemaligen deutschen Fürsten als die größte Gemeinheit gegen das darbenende deutsche Volk, deshalb habe auch die sozialdemokratische Partei die Initiative ergriffen, um durch einen Volksentscheid dem Staatsvergehen der Fürsten ein Ende zu bereiten. Mit Kurfürst Joachim anfangend, bis zum Ende der Regierung des ausgetiffenen Ketzlers Wilhelm II. bestand die Herrschaft der Hohenzollern nur darin, das Volk zu verflauen und zu berauben. Schwer

verständlich ist es, daß es noch Leute gibt, die damit einverstanden sind, daß den Fürsten ausgeweidet werde. Entschuldigungslose Entleerung sei am Plage. In der Diskussion erklärte der Vorsitzende des Reichsbanners in Biesdorf, Keller, daß er als Demokrat für die entschuldigungslose Entleerung der Fürsten sei und unbedingt für den Volksentscheid stimmen werde. Mit Vorträgen des Biesdorfer Gefangenenvereins schloß die Versammlung.

Wieder ein Ueberfall auf Schupobeamte.

In der Nacht zum Sonntag wurden zwei Schupobeamte in der Rigaer Straße von jugendlichen Rowdys angegriffen und schwer mißhandelt. Auf ihrem Rundgang morgens gegen 4 Uhr wurden sie von drei Nachtwächtern auf eine Kette halbwüchsiger Burschen aufmerksam gemacht, die sich in der Gegend verächtlich umhertrieben. Als die Beamten sich ihnen näherten, stürzte sich auf ein gegebenes Zeichen die 20 Kopf starke Bande auf sie, schlug sie zu Boden und brachte ihnen mehrere Messerstiche bei. Einer der Beamten trug erhebliche Verletzungen am Gesicht davon, die von Tritten mit dem Stiefelabsatz herrihren. Die Ueberfallenen griffen zum Revolver und drohten zu schießen. Jetzt stob die Bande auseinander. Es gelang jedoch, einen der Ueberfallenen zu ergreifen. Es ist ein 21 Jahre alter gewisser Billy Rudrofski aus der Rigaer Straße 30. Der Festgenommene wurde eingeliefert. Die Beamten mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.

Anträge des Staatsanwalts im Bartels-Prozess.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Regierungsrat Bartels in seinem Prozeß wegen Bestechung eine Gefängnisstrafe von einem Jahr fünf Monaten und wegen Urkundenfälschung drei Monate Gefängnis. Beide Strafen werden zu einer Gesamtkstrafe von einem Jahr fünf Monaten drei Wochen zusammengezogen. Die fünf Monate und drei Wochen seien auf die ertitene Untersuchungsstrafe anzurechnen. Von einer Ueberweisung der bürgerlichen Ehrenrechte sei abzusehen. Dagegen sei Bartels als unfähig zu erklären, im Laufe von fünf Jahren öffentliche Aemter zu bekleiden.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in dieser Woche ihre Sitzung am Donnerstag um 1/2 5 Uhr.

Unter aller Parteioberan Gustav Tempel, der noch heute zahlreiche Funktionen in der Partei bekleidet und allen unter dem Sozialistengefetz tätig gewesenen Genossen wohlbekannt ist, begeht heute sein 40jähriges Berufsjubiläum. Sein erstes Lokal in der Breslauer Straße, „Zum Amboß“, war der Treffpunkt aller von der Paktamerikanischen Justiz verfolgten Parteimitglieder des Ostens. Mancher Plan wurde in den Hinterräumen des Lokals geschmiedet. Gustav Tempel, der am 22. März sein 67. Lebensjahr vollendet, ist jetzt Stadtverordneter in Berlin und Vorsitzender der Bezirksversammlung in Lichtenberg. Möge dem Jubilair im Interesse der Arbeiterbewegung noch lange seine Rüstigkeit und geistige Frische erhalten bleiben. — Am heutigen Montag feiert der Lagerverwalter Genosse Siebold sein 25jähriges Jubiläum in der Groß-Einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine in Spandau. Seiner vorbildlichen Pflichterfüllung in der Genossenschaftsbewegung sei bei dieser Gelegenheit ehrend gedacht.

Ein Revolveranschlag wurde in der vergangenen Nacht auf eine Kontoristin aus der Sieberstr. 11/12, einer kleinen Verbindungsstraße zwischen der Süden- und Alsterstraße im Zentrum der Stadt, verübt. Die Kontoristin wurde schon seit 14 Tagen von einem ihr unbekanntem Manne auf ihren Ausgängen verfolgt. Als sie in der vergangenen Nacht heimkehrte, lauerte er ihr vor dem Hause auf und gab drei Schüsse auf sie ab, die zum Glück alle fehlgingen. Der Schütze entkam wieder unerkannt.

„Dem Wehn des Siegen und vom Siege des Friedens“ lautet das Thema einer öffentlichen Kundgebung, die der Bund sozialistischer Sozialisten anläßlich des Volkstrauertages in der Form eines Jubiläumsvortrags heute, am 1. März, den 1. März, abends 7 1/2 Uhr, in Reithaus, Berlin, (Gemeindehaus), veranstaltet. Es werden sprechen: Schlichter Ernst Friedrich-Berlin und Ulrich Doppel.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 14. Preis Reithaus: Dienstag, den 7. März, abends 7 Uhr pünktlich im Reithaus, Berlin, Sitzung des Parteivorstandes.
15. Wkt. Tempelhof: Freitags abends 8 Uhr Handzettel und bedingt ausgetragen.
16. Wkt. Parteilokal: Die Parteivorstände sind bis zum Dienstag, den 7. März, im Reithaus, Berlin, abends 8 Uhr Sitzung sämtlicher Parteivorstände.
17. Wkt. Reithaus: Freitag, den 7. März, abends 8 Uhr Sitzung sämtlicher Parteivorstände.
18. Wkt. Reithaus: Freitag, den 7. März, abends 7 1/2 Uhr: Ueberlegungs- und Kundgebung der Partei, Frankfurt, über die Kundgebung.

Vorträge Vereine und Versammlungen.

Die nächste Versammlung der Abteilung Ausland des Bundes der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands findet am 2. März, 8 Uhr, in der Reithaus, Berlin, unter Friedrichs 33, statt. Zur Mitglieder haben Zutritt.

Sport.

Reit- und Fahrturnier.

Am Sonntag nachmittag, dem Volkstrauertage, fand in der Kauldalle eine kurze Gedenktage für die gefallenen Reiter statt. Eine Reiterbildung des Reiterdenkmals in Kauldalle war in der Arena aufgestellt, vor dem alle am Turnier teilnehmenden Reiterinnen und Reiter zu Pferde salutierten, während die Musik „Ich halt' einen Kameraden“ spielte. — Aus den Bewerbungen gingen folgende hervor: Sieger-Champrenpreis Holz-Weihenhan „Gardes du Corps“; Aktionsprüfung für Jugendreiter Haden-Gerstl „Bauchas“; „Pr. Vikus“; Championat für Jagdperde Frau L. Behrens „Meerschäum“; Große Olympische Reiterprüfung für Reiterperde Stall Birkners „Imperator V“. Ein schon ob seiner Seltenheit sehr interessantes Bild bot das Mehrspannerfahren. Dem Sonntagspublikum wurde überdies noch eine Ueberladung bereitet durch die — erhöhten Eintrittspreise.

Trabrennpremiere in Mariendorf.

- 1. Rennen. 1. G. Nils, 2. K. Nils, 3. K. Nils, 4. J. Nils, 5. K. Nils, 6. K. Nils, 7. K. Nils, 8. K. Nils, 9. K. Nils, 10. K. Nils, 11. K. Nils, 12. K. Nils, 13. K. Nils, 14. K. Nils, 15. K. Nils, 16. K. Nils, 17. K. Nils, 18. K. Nils, 19. K. Nils, 20. K. Nils, 21. K. Nils, 22. K. Nils, 23. K. Nils, 24. K. Nils, 25. K. Nils, 26. K. Nils, 27. K. Nils, 28. K. Nils, 29. K. Nils, 30. K. Nils, 31. K. Nils, 32. K. Nils, 33. K. Nils, 34. K. Nils, 35. K. Nils, 36. K. Nils, 37. K. Nils, 38. K. Nils, 39. K. Nils, 40. K. Nils, 41. K. Nils, 42. K. Nils, 43. K. Nils, 44. K. Nils, 45. K. Nils, 46. K. Nils, 47. K. Nils, 48. K. Nils, 49. K. Nils, 50. K. Nils, 51. K. Nils, 52. K. Nils, 53. K. Nils, 54. K. Nils, 55. K. Nils, 56. K. Nils, 57. K. Nils, 58. K. Nils, 59. K. Nils, 60. K. Nils, 61. K. Nils, 62. K. Nils, 63. K. Nils, 64. K. Nils, 65. K. Nils, 66. K. Nils, 67. K. Nils, 68. K. Nils, 69. K. Nils, 70. K. Nils, 71. K. Nils, 72. K. Nils, 73. K. Nils, 74. K. Nils, 75. K. Nils, 76. K. Nils, 77. K. Nils, 78. K. Nils, 79. K. Nils, 80. K. Nils, 81. K. Nils, 82. K. Nils, 83. K. Nils, 84. K. Nils, 85. K. Nils, 86. K. Nils, 87. K. Nils, 88. K. Nils, 89. K. Nils, 90. K. Nils, 91. K. Nils, 92. K. Nils, 93. K. Nils, 94. K. Nils, 95. K. Nils, 96. K. Nils, 97. K. Nils, 98. K. Nils, 99. K. Nils, 100. K. Nils, 101. K. Nils, 102. K. Nils, 103. K. Nils, 104. K. Nils, 105. K. Nils, 106. K. Nils, 107. K. Nils, 108. K. Nils, 109. K. Nils, 110. K. Nils, 111. K. Nils, 112. K. Nils, 113. K. Nils, 114. K. Nils, 115. K. Nils, 116. K. Nils, 117. K. Nils, 118. K. Nils, 119. K. Nils, 120. K. Nils, 121. K. Nils, 122. K. Nils, 123. K. Nils, 124. K. Nils, 125. K. Nils, 126. K. Nils, 127. K. Nils, 128. K. Nils, 129. K. Nils, 130. K. Nils, 131. K. Nils, 132. K. Nils, 133. K. Nils, 134. K. Nils, 135. K. Nils, 136. K. Nils, 137. K. Nils, 138. K. Nils, 139. K. Nils, 140. K. Nils, 141. K. Nils, 142. K. Nils, 143. K. Nils, 144. K. Nils, 145. K. Nils, 146. K. Nils, 147. K. Nils, 148. K. Nils, 149. K. Nils, 150. K. Nils, 151. K. Nils, 152. K. Nils, 153. K. Nils, 154. K. Nils, 155. K. Nils, 156. K. Nils, 157. K. Nils, 158. K. Nils, 159. K. Nils, 160. K. Nils, 161. K. Nils, 162. K. Nils, 163. K. Nils, 164. K. Nils, 165. K. Nils, 166. K. Nils, 167. K. Nils, 168. K. Nils, 169. K. Nils, 170. K. Nils, 171. K. Nils, 172. K. Nils, 173. K. Nils, 174. K. Nils, 175. K. Nils, 176. K. Nils, 177. K. Nils, 178. K. Nils, 179. K. Nils, 180. K. Nils, 181. K. Nils, 182. K. Nils, 183. K. Nils, 184. K. Nils, 185. K. Nils, 186. K. Nils, 187. K. Nils, 188. K. Nils, 189. K. Nils, 190. K. Nils, 191. K. Nils, 192. K. Nils, 193. K. Nils, 194. K. Nils, 195. K. Nils, 196. K. Nils, 197. K. Nils, 198. K. Nils, 199. K. Nils, 200. K. Nils, 201. K. Nils, 202. K. Nils, 203. K. Nils, 204. K. Nils, 205. K. Nils, 206. K. Nils, 207. K. Nils, 208. K. Nils, 209. K. Nils, 210. K. Nils, 211. K. Nils, 212. K. Nils, 213. K. Nils, 214. K. Nils, 215. K. Nils, 216. K. Nils, 217. K. Nils, 218. K. Nils, 219. K. Nils, 220. K. Nils, 221. K. Nils, 222. K. Nils, 223. K. Nils, 224. K. Nils, 225. K. Nils, 226. K. Nils, 227. K. Nils, 228. K. Nils, 229. K. Nils, 230. K. Nils, 231. K. Nils, 232. K. Nils, 233. K. Nils, 234. K. Nils, 235. K. Nils, 236. K. Nils, 237. K. Nils, 238. K. Nils, 239. K. Nils, 240. K. Nils, 241. K. Nils, 242. K. Nils, 243. K. Nils, 244. K. Nils, 245. K. Nils, 246. K. Nils, 247. K. Nils, 248. K. Nils, 249. K. Nils, 250. K. Nils, 251. K. Nils, 252. K. Nils, 253. K. Nils, 254. K. Nils, 255. K. Nils, 256. K. Nils, 257. K. Nils, 258. K. Nils, 259. K. Nils, 260. K. Nils, 261. K. Nils, 262. K. Nils, 263. K. Nils, 264. K. Nils, 265. K. Nils, 266. K. Nils, 267. K. Nils, 268. K. Nils, 269. K. Nils, 270. K. Nils, 271. K. Nils, 272. K. Nils, 273. K. Nils, 274. K. Nils, 275. K. Nils, 276. K. Nils, 277. K. Nils, 278. K. Nils, 279. K. Nils, 280. K. Nils, 281. K. Nils, 282. K. Nils, 283. K. Nils, 284. K. Nils, 285. K. Nils, 286. K. Nils, 287. K. Nils, 288. K. Nils, 289. K. Nils, 290. K. Nils, 291. K. Nils, 292. K. Nils, 293. K. Nils, 294. K. Nils, 295. K. Nils, 296. K. Nils, 297. K. Nils, 298. K. Nils, 299. K. Nils, 300. K. Nils, 301. K. Nils, 302. K. Nils, 303. K. Nils, 304. K. Nils, 305. K. Nils, 306. K. Nils, 307. K. Nils, 308. K. Nils, 309. K. Nils, 310. K. Nils, 311. K. Nils, 312. K. Nils, 313. K. Nils, 314. K. Nils, 315. K. Nils, 316. K. Nils, 317. K. Nils, 318. K. Nils, 319. K. Nils, 320. K. Nils, 321. K. Nils, 322. K. Nils, 323. K. Nils, 324. K. Nils, 325. K. Nils, 326. K. Nils, 327. K. Nils, 328. K. Nils, 329. K. Nils, 330. K. Nils, 331. K. Nils, 332. K. Nils, 333. K. Nils, 334. K. Nils, 335. K. Nils, 336. K. Nils, 337. K. Nils, 338. K. Nils, 339. K. Nils, 340. K. Nils, 341. K. Nils, 342. K. Nils, 343. K. Nils, 344. K. Nils, 345. K. Nils, 346. K. Nils, 347. K. Nils, 348. K. Nils, 349. K. Nils, 350. K. Nils, 351. K. Nils, 352. K. Nils, 353. K. Nils, 354. K. Nils, 355. K. Nils, 356. K. Nils, 357. K. Nils, 358. K. Nils, 359. K. Nils, 360. K. Nils, 361. K. Nils, 362. K. Nils, 363. K. Nils, 364. K. Nils, 365. K. Nils, 366. K. Nils, 367. K. Nils, 368. K. Nils, 369. K. Nils, 370. K. Nils, 371. K. Nils, 372. K. Nils, 373. K. Nils, 374. K. Nils, 375. K. Nils, 376. K. Nils, 377. K. Nils, 378. K. Nils, 379. K. Nils, 380. K. Nils, 381. K. Nils, 382. K. Nils, 383. K. Nils, 384. K. Nils, 385. K. Nils, 386. K. Nils, 387. K. Nils, 388. K. Nils, 389. K. Nils, 390. K. Nils, 391. K. Nils, 392. K. Nils, 393. K. Nils, 394. K. Nils, 395. K. Nils, 396. K. Nils, 397. K. Nils, 398. K. Nils, 399. K. Nils, 400. K. Nils, 401. K. Nils, 402. K. Nils, 403. K. Nils, 404. K. Nils, 405. K. Nils, 406. K. Nils, 407. K. Nils, 408. K. Nils, 409. K. Nils, 410. K. Nils, 411. K. Nils, 412. K. Nils, 413. K. Nils, 414. K. Nils, 415. K. Nils, 416. K. Nils, 417. K. Nils, 418. K. Nils, 419. K. Nils, 420. K. Nils, 421. K. Nils, 422. K. Nils, 423. K. Nils, 424. K. Nils, 425. K. Nils, 426. K. Nils, 427. K. Nils, 428. K. Nils, 429. K. Nils, 430. K. Nils, 431. K. Nils, 432. K. Nils, 433. K. Nils, 434. K. Nils, 435. K. Nils, 436. K. Nils, 437. K. Nils, 438. K. Nils, 439. K. Nils, 440. K. Nils, 441. K. Nils, 442. K. Nils, 443. K. Nils, 444. K. Nils, 445. K. Nils, 446. K. Nils, 447. K. Nils, 448. K. Nils, 449. K. Nils, 450. K. Nils, 451. K. Nils, 452. K. Nils, 453. K. Nils, 454. K. Nils, 455. K. Nils, 456. K. Nils, 457. K. Nils, 458. K. Nils, 459. K. Nils, 460. K. Nils, 461. K. Nils, 462. K. Nils, 463. K. Nils, 464. K. Nils, 465. K. Nils, 466. K. Nils, 467. K. Nils, 468. K. Nils, 469. K. Nils, 470. K. Nils, 471. K. Nils, 472. K. Nils, 473. K. Nils, 474. K. Nils, 475. K. Nils, 476. K. Nils, 477. K. Nils, 478. K. Nils, 479. K. Nils, 480. K. Nils, 481. K. Nils, 482. K. Nils, 483. K. Nils, 484. K. Nils, 485. K. Nils, 486. K. Nils, 487. K. Nils, 488. K. Nils, 489. K. Nils, 490. K. Nils, 491. K. Nils, 492. K. Nils, 493. K. Nils, 494. K. Nils, 495. K. Nils, 496. K. Nils, 497. K. Nils, 498. K. Nils, 499. K. Nils, 500. K. Nils, 501. K. Nils, 502. K. Nils, 503. K. Nils, 504. K. Nils, 505. K. Nils, 506. K. Nils, 507. K. Nils, 508. K. Nils, 509. K. Nils, 510. K. Nils, 511. K. Nils, 512. K. Nils, 513. K. Nils, 514. K. Nils, 515. K. Nils, 516. K. Nils, 517. K. Nils, 518. K. Nils, 519. K. Nils, 520. K. Nils, 521. K. Nils, 522. K. Nils, 523. K. Nils, 524. K. Nils, 525. K. Nils, 526. K. Nils, 527. K. Nils, 528. K. Nils, 529. K. Nils, 530. K. Nils, 531. K. Nils, 532. K. Nils, 533. K. Nils, 534. K. Nils, 535. K. Nils, 536. K. Nils, 537. K. Nils, 538. K. Nils, 539. K. Nils, 540. K. Nils, 541. K. Nils, 542. K. Nils, 543. K. Nils, 544. K. Nils, 545. K. Nils, 546. K. Nils, 547. K. Nils, 548. K. Nils, 549. K. Nils, 550. K. Nils, 551. K. Nils, 552. K. Nils, 553. K. Nils, 554. K. Nils, 555. K. Nils, 556. K. Nils, 557. K. Nils, 558. K. Nils, 559. K. Nils, 560. K. Nils, 561. K. Nils, 562. K. Nils, 563. K. Nils, 564. K. Nils, 565. K. Nils, 566. K. Nils, 567. K. Nils, 568. K. Nils, 569. K. Nils, 570. K. Nils, 571. K. Nils, 572. K. Nils, 573. K. Nils, 574. K. Nils, 575. K. Nils, 576. K. Nils, 577. K. Nils, 578. K. Nils, 579. K. Nils, 580. K. Nils, 581. K. Nils, 582. K. Nils, 583. K. Nils, 584. K. Nils, 585. K. Nils, 586. K. Nils, 587. K. Nils, 588. K. Nils, 589. K. Nils, 590. K. Nils, 591. K. Nils, 592. K. Nils, 593. K. Nils, 594. K. Nils, 595. K. Nils, 596. K. Nils, 597. K. Nils, 598. K. Nils, 599. K. Nils, 600. K. Nils, 601. K. Nils, 602. K. Nils, 603. K. Nils

